

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

Anmerkung: Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Ziele und Maßnahmen nicht das gesamte politische Spektrum der Parteien abbilden. Die von uns genannten Ziele und Maßnahmen sind nicht vollständig und stellen nur eine von uns erstellte Auswahl dar. Links zu den Wahlprogrammen finden Sie am Ende des Dokumentes.			
Partei (Rangfolge nach Mitgliederstärke)	Wo zu finden im Programm?	Ziele	Maßnahmen zur Umsetzung
CDU / CSU	Im Kapitel I, 2. „Für Sicherheit sorgen, Kriminalität bekämpfen“	Bekämpfung von Antisemitismus auf allen Ebenen	keine
		Gewalt gegen Frauen bekämpfen	<ul style="list-style-type: none"> • Gewalt gegen Frauen konsequent bestrafen • Verbesserung der Koordinierung der Strafverfolgung
	Im Kapitel II, 7. „Eine zukunftsfähige Arbeitswelt sichern“, S. 18 ff. „CDU und CSU als Teil der Europäischen Volkspartei“, S. 25.	Barrierefreies Reisen	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Europäischen Behindertenausweis • Informationsportal für barrierefreies Reisen
		Gleichstellung zwischen Männern und Frauen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erhöhung der Frauenanteile in den Berufen in der Wissenschaft, Forschung, Mathematik und im Ingenieurwesen	Keine
	In Kapitel III, 1. „Für ein Europa, das junge Menschen begeistert“ S. 20 f.	Förderung junger Menschen, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennungsverfahren vereinfachen • Entwicklung von Kriterien zur Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse (Schule, Hochschule, berufliche Bildung) • Austauschprogramme für Berufsausbildung durch Beratungs- und Förderangebote in Deutschland fördern
	„CDU und CSU als Teil der Europäischen Volkspartei“, S. 25.	Gleichheit vor dem Gesetz	Keine

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

SPD	Kapitel IV: „Europa des Respekts“, S. 37-49	Gerechte Bezahlung, Stärkung sozialer Rechte, starke Arbeitnehmerrechte	U.a. <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtende Tariftreueklausel, EU-weite Standards für Mindestvergütung für Selbstständige
		Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung bis 2023, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung, finanzieller und sozialen Lage der Eltern	Keine
		Gebührenfreie Bildung von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Meister oder Master	<ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der Bildungsinvestitionen
		Gewährleistung sozialer Sicherheit, Abbau von sozialer Ausgrenzung, Schutz vor Kinderarmut, bezahlbarer Wohnraum, Überwindung von Wohnungslosigkeit	u.a. <ul style="list-style-type: none"> • Rahmenrichtlinie zur Festlegung von Mindeststandards für die jeweiligen nationalen Grundsicherungssysteme • Begleitung der nationalen Umsetzung der Europäischen Kindergarantie inklusive ausreichender EU-Mittel im Rahmen der Europäischen Sozialfonds • Kindergrundsicherung • Ausbau von „Bildung und Teilhabe“ • Wohnraum: Europarechtliche Grundlagen zur Beschränkung der Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen, Begrenzung von Kurzzeitvermietungen, Förderungen von Wohnraum durch EU-Mittel (insbesondere für junge Menschen) • Wohnungslosigkeit: Unterstützung der Europäischen Plattform zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

		<p>Eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, mit Fokus auf Geschlechter- und Altersdiskriminierung</p>	<p>u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • EU-Charta der Frauenrechte inklusive Grundrechtskatalog mit Mindeststandards • niedrigschwelliger und kostenloser Zugang zu Abtreibungsmitteln, kostenlose und sichere Schwangerschaftsabbrüche • Weitere Umsetzung und Verlängerung bzw. Erneuerung der Europäischen Gleichstellungsstrategie • Umsetzung der Richtlinie für Lohntransparenz und EU-Richtlinie zu Antidiskriminierung bei Löhnen • gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell „Equal Carer – Equal Earner“ • Quoten und Reißverschlusslisten, geschlechtersensiblere politische Kultur und Unternehmenskultur • Abschaffung von ungleichverteilter Steuerbelastung bis „Pink Tax“ • Gewalt gegen Frauen bekämpfen und verhindern - durch Gewaltprävention, Sexualaufklärung und Bildungsprogramme, Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch alle Mitgliedstaaten und Übertragung in nationales Recht sowie Schaffung eines europaweiten Straftatbestandes der geschlechtsspezifischen Gewalt • Paritätische Besetzung in EU-Kommission inklusive einer EU-Kommissarin, die für Gleichstellung zuständig ist. • Stärkung des Europäischen Gleichstellungsinstituts EIGE
--	--	---	---

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<ul style="list-style-type: none"> • geschlechtergerechte Aufteilung des EU-Haushalts durch Gender Budgeting <p>LSBTIQ*:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtlichen Ehen in der ganzen EU • Keine Hinderung der Freizügigkeit von Regenbogenfamilien • Aufforderung der EU-Kommission gegen LSBTIQ*-feindliches Verhalten einzelner Mitgliedsstaaten vorzugehen <p>Alter:</p> <p>Keine konkreten Maßnahmen</p>
		Chancengleichheit, gleichberechtigter Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderung, Abbau von Teilhabebarrieren	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines europäischen Behindertenausweises • Verbesserung des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderung
		Schutz nationaler Minderheiten	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von Maßnahmen zum Erhalt des kulturellen Erbes
		feministische Außen- und Friedenspolitik, die alle Mitglieder einer Gesellschaft in den Blick nimmt. Überwindung patriarchaler und postkolonialer Machtstrukturen, Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung von Rechten, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen • Unterstützungen feministischer Bewegungen

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

B90 / DIE GRÜNEN	Im Kapitel: Was Gerechtigkeit schützt, S. 42 ff.	„Gerechtigkeitsversprechen“ umsetzen: Das Versprechen eines gerechten Europas, ein Raum von Chancen und Solidarität, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung soll überall eingelöst werden.	<ul style="list-style-type: none"> • verbindliche Standards für ein gerechtes Europa, gegen Willkür und Ausbeutung • Konsequente Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie in Deutschland • Verbindliche Umsetzung der EU-Empfehlung, wonach der Mindestlohn an 60 % des Medianlohns zu koppeln ist • Monitoring in allen Mitgliedsstaaten über die Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie
		Abbau von Kinderarmut und Stärkung von Kinderrechten: Abbau sozialer Ausgrenzung, Förderung der Chancengleichheit für Kinder, Zugang zu Kinderbetreuung und sozialer Infrastruktur, Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessener Wohnraum und gesunder Ernährung	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung der Europäischen Kindergarantie mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung • Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland unter aktiver Einbindung der Zivilgesellschaft, Kindern und Jugendlichen • Weiterentwicklung und Umsetzung der EU-Kinderrechtsstrategie • Förderung von europäischen Forschungs- und Praxisprojekten im Bereich Kinderschutz und Kinderrechte
		Verankerung sozialer Mindeststandards	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu einer verbindlichen Richtlinie mit individuellem Anspruch für Betroffene in den Mitgliedsstaaten auf soziale Rechte • Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise armutsfest auszugestalten, Integration in gute Arbeit zu fördern und die soziale Infrastruktur auszubauen

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

	<p>Wohnraum bezahlbar machen / bezahlbaren barrierefreien Wohnraum schaffen, soziale Ungleichheit und Armutsrisiken nicht weiter verschärfen. Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem Bauen, Fachkräfteoffensive und verbesserte Investitionen über EIB • Bestehende Indexmieten deckeln und neue beschränken • Prüfung bestehender europäischer Regelung • Schnelle Umsetzung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit (Ziele bis 2030) • Ausweitung von europäischen Fördermitteln
	<p>Förderung der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe von internationalen Studierenden, insb. Vergünstigungen. Einfachere, schnellere und kostengünstigere Anerkennung von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des digitalen europäischen Studierendenausweis auf alle Studierende an europäischen Hochschulen / Universitäten • Geltung statt Anerkennung von ausländischen Ausbildungs- und Bildungsabschlüssen • Erweiterung der Anzahl der Berufe, für die ein Europäischer Berufsausweis möglich ist • Einführung europaweit vergleichbarer Anerkennungsverfahren • Mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote
<p>Kapitel „Was Freiheit schützt“ S. 91 ff</p>	<p>Abbau struktureller Benachteiligung aufgrund von Geschlecht (insb. Frauen, trans*, inter*, nicht-binär), Geschlechtergerechte Gestaltung der finanziellen Macht in Europa, Geschlechtergerechte Aufstellung der EU-Haushalte</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Evaluation der Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission (läuft 2025 aus) • Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in die EU-Charta • Chancengleichheit in der Arbeitswelt, z.B. durch Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie, bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<p>EU-Fonds und Programme, Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden Fonds</p> <ul style="list-style-type: none"> • Z.B. Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt, Transparenz bei der Mittelverteilung durch Änderung der Haushaltsordnung für alle Fördermittel
	Kapitel „Was Freiheit schützt“ S. 94 ff	<p>Diskriminierung auf allen Ebenen abbauen (merkmalsübergreifend und Blick auf Mehrfachdiskriminierung), Inklusion verwirklichen, NGOs stärken, Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen, Vielfalt der europäischen Gesellschaft in der Kommission sichtbar machen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Im Parteiprogramm wird auf die Phänomenebereiche Antisemitismus, „Islamfeindlichkeit“, Antiziganismus mit verschiedenen Maßnahmen Bezug genommen. Auf eine Konkretisierung wird verzichtet (siehe S. 94 f.) • Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie, zur Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes • Stärkung der systematischen Erfassung von Diskriminierungsfällen • Förderung der Forschung zu Rassismus, konkretes Beispiel: Anti-Schwarzer Rassismus • Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts zur diskriminierungssensiblen Öffnung der Kommission <p>LSBTIQ*: u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen für Staaten, die systematisch gegen LSBTIQ*-Personen vorgehen (LSBTIQ*Freedom Zone der EU) • Fortführung der LSBTIQ*-Gleichstellungstrategie 2025+ unter Beteiligung der Zivilgesellschaft

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe in allen Mitgliedstaaten <p>Behinderung: u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Inklusionsunternehmen statt Werkstättensystem: Sozialer Schutz und Mindestlöhne auch für Menschen mit Behinderung • Keine EU-Mittel bei Verstoß gegen Art. 27 UN-Behindertenkonvention • Fristgerechte Umsetzung der EU-Barierefreiheitsrichtlinie • Einrichtung eines EU-Barierefreiheitszentrums • Einführung eines europäischen Behindertenausweises aufgrund Reisen und Inanspruchnahme von sozialen Leistungen
		Stärkung und Unterstützung von nationalen Minderheiten	<ul style="list-style-type: none"> • Minority-SafePack-Initiative • Verbindliche Regelung der Zuständigkeit für den Schutz nationaler Minderheiten und autochthoner Volksgruppen innerhalb der EU-Kommission
	Kapitel „Was Frieden schützt“ S. 68 f.	Menschenrechte schützen und fördern, Diskriminierung (von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen) durch eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik abbauen	<p>U.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau von Fördermöglichkeiten für NGOs, finanzielle Stabilisierung des Europäischen Demokratiefonds • paritätischen Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen der EU und auf allen Ebenen von Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) – insbesondere in Leitungsebenen

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

		Sexualisierte und geschlechterspezifische Gewalt (Frauen-, Queer- und Transfeindlichkeit) bekämpfen, Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Istanbul-Konvention • weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*) • keine konkreten Maßnahmen benannt, die eine zügige Umsetzung der Ziele zur Folge haben
	In Kapitel: Was Freiheit schützt, S. 88 f.	Erhalt der EU-Wertebasis, z.B. durch Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des Schutzbereiches der EU-Grundrechtecharta: Geltung für rein nationales Handeln der Mitgliedsstaaten, auch im Klageweg • Auszahlung von EU-Mittel an Mitgliedsstaaten soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden
FDP	Abschnitt: „Ein Europa, das Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung schützt – Einfach. Machen.“, S.10 f.	Ein „Europa der Vielfalt“ und Schutz von Minderheiten, keine (Alltags-)Diskriminierung und systematische Ausgrenzung aufgrund von Migrationshintergrund oder „anderer“ Hautfarbe (Zitat)	Keine
		Forderung einer europäischen Grundrechtsbeschwerde	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserte Klagemöglichkeiten vor dem europäischen Gerichtshof, wenn der nationale Rechtsweg ausgeschöpft ist
		Schutz von LSBTIQ*	<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung aller Rechte und Pflichten von innerhalb der EU geschlossener gleichgeschlechtlicher Ehen und festgestellter Elternschaften

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<ul style="list-style-type: none"> • Reproduktive Rechte wie Eizellspende / Leihmutterchaft dürfen nicht unter Strafe gestellt werden. • „Verfolgung aufgrund von sexueller Identität“ soll Asylgrund bleiben • Rechtsakte der EU mit Geltung bei Diskriminierung aufgrund von Rassismus müssen auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen • Achtung der Bürgerrechte von LSBTIQ* u.a. hinsichtlich Versammlungsfreiheit • Keine EU-Mittel bei Verstößen
		Geschlechtergleichstellung, verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit, Förderung beruflicher Aufstiegschancen von Frauen und Mädchen, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau erschwinglicher Kinderbetreuung und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten • Online-Abstimmungsmöglichkeit für Europaabgeordnete mit Kindern • Verbesserung der MINT-Bildung, Entrepreneurship Education und Unterstützung von privaten Female Founders Netzwerken • Einsetzen für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die verbleibenden EU-Staaten • Achtung reproduktiver Rechte, insbesondere Gewährleistung von Schwangerschaftsabbruch • Europaweiter Endometriose-Aktionsplan
	Abschnitt: „Ein Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnet – Einfach. Machen.“ S.3 f.	Kinderschutz stärken	<ul style="list-style-type: none"> • Reform der Kindergeld-Regelungen (Anpassung der Höhe des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten im Wohnsitzland des Kindes)

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

		Europäischer Bildungsraum soll für alle Menschen ein persönlicher Chancenraum werden	<p>u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit der EU • Ausweitung des Kopenhagen-Prozess auf schulische Bildung • Angleichung der Semester- und Prüfungszeiten • Einführung eines zentralen Online-Bewerbungsportal für die EU • Einführung eines digitalen Europäischen Studierendenausweises
DIE LINKE	Kapitel 1: „Umverteilen für soziale Gerechtigkeit“ S. 12-36.	Ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in Würde und frei von Armut leben können.	<p>U.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Anhebung des Mindestlohns und ein europäisches Mindesteinkommen • Steigerung von Tarifbindungen • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch Entgeltgleichheitsgesetz • Eine europäische Erwerbslosenversicherung • Die Einführung einer solidarischen Mindestrente. • Mietobergrenzen • Europäische Finanzierung von gemeinnützigem Wohnraum, finanzielle und rechtliche Unterstützung der Kommunen, Genossenschaften und selbstverwaltenden Wohnprojekten, hierfür auch Änderung des EU-Beihilfegesetzes und • Schaffung eines europäischen Kommunalisierungsfonds zur Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Pflege,...)

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

		Kinderrechte stärken und Kinderarmut bekämpfen	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Kindergrundsicherung • Umsetzung der Europäischen Kindergarantie in der Art, dass diskriminierungsfreie Teilhabe und Zugang möglich sind. Kinder und Jugendliche müssen hierbei beteiligt werden
	<p>Kapitel 5. „Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus“</p> <p>Abschnitte: „Grund- und Menschenrechte - für alle“, S. 79 ff.</p> <p>„Kampf gegen Rechts“, S.85 ff.</p>	Stärkung der Grund- und Menschenrechte für alle	<p>u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention und Erweiterung dieser auf das Recht auf Asyl und den Schutz auf der Flucht • Einklagbarkeit von sozialen Grundrechten vor dem EuGH durch Einzelpersonen • menschenwürdiges Existenzminimum unabhängig vom Aufenthaltsstatus • Aktives und passives EU-Wahlrecht, unabhängig vom Pass <p>Rechtlicher Diskriminierungsschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zustimmung zur Gleichbehandlungsrichtlinie der EU durch Deutschland • Erlass von Antidiskriminierungsgesetze in allen EU-Staaten mit Verbandsklagerecht • Umsetzung der 5. EU-Gleichstellungsrichtlinie (Blockade durch Deutschland), S. 84 <p>Altersdiskriminierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung von Überprüfung der Fahrtauglichkeit und befristeten Führerscheinen
		Gleichheit aller Menschen, Bekämpfung von Racial Profiling, rassistischer Polizeigewalt und institutionellen Rassismus	<p>u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung der Kopenhagener Kriterien zum Schutz der Rechte von Minderheiten

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung diskriminierender Sonderregelungen für Sinti*zze und Rom*nja • Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und der Agentur für Grundrechte. Sanktionen bei Nichtumsetzung • Verlängerung des EU-Aktionsplans gegen Rassismus • Europäische Präventionsarchitektur: langfristige und dauerhafte Mittel für Projekte gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung • Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt in der EU • Leitlinien für Polizeipraxis, unabhängiger Polizeibeswerdestrukturen und Befugnisse zur Überprüfung (Prävention, Ahndung, Sanktionierung) • Ausschluss ethnisierender Kategorien bei personenbezogenen Hinweisen • Überwachung der Opferschutzrichtlinie
	<p>Kapitel 5. „Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus“</p> <p>Abschnitt: „Eine Union der Gleichberechtigung“ S.80 ff.</p>	<p>Gleichberechtigung auf allen Ebenen - gegen Verhältnisse, in denen Frauen, trans* und andere queere Menschen unterdrückt und benachteiligt werden.</p>	<p>u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • gleicher Lohn für gleiche Arbeit: kürzere Arbeitszeiten in ganz Europa bei vollem Lohnausgleich, dadurch u.a. Übernahme der unbezahlten Sorgearbeit durch Männer • Verbindliche Antisexismus-Regelungen im öffentlichen und privaten Sektor • Umwandlung der informellen Arbeit in Privathaushalten „Live-in-Care“ in reguläre Arbeitsverhältnisse

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckende Betreuung für Kinder und alte Menschen • Gewalt gegen Frauen, trans und queere Personen und ihre Verfolgung als Asylgrund europaweit anerkennen • Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die verbleibenden EU-Staaten • Stärkung reproduktiver Rechte, kostenlose Verhütungsmittel, kostenloser Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen • Förderung von frauenspezifischer Gesundheitsforschung • EU-weites Förderprogramm für schulische und außerschulische Bildungsarbeit gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit, das Betroffeneninitiativen einbezieht
		Ein Europa, in dem lesbische, schwule, bi, trans, inter und nicht-binäre (= queere) Menschen angstfrei, selbstbestimmt und sozial abgesichert leben können.	<p>u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr finanzielle Mittel für die Selbstorganisation und Interessenvertretung von queeren Menschen • Nationale Aktionspläne gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung queerer Menschen • Housing First Angebote • Forschungsprojekte zur Lebensrealität queerer Menschen • genauere Erfassung, Verfolgung und Veröffentlichung von Hasskriminalität bzw. Statistiken hierzu • Präventions- und Bildungsangebote in verschiedensten Bereichen

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<ul style="list-style-type: none"> • Selbstbestimmungsgesetze in allen Mitgliedsstaaten • Diskriminierungssensible Gesundheitsversorgung • Europaweite Gleichstellung von Regenbogenfamilien, rechtliche Anerkennung der Mehrelternschaft
		Für die Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> • inklusiver Arbeitsmarkt mit Geltung des gesetzlichen Mindestlohns, Abschaffung von Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderung • Einführung eines europäischen Behindertenausweises • Schaffung inklusiver und barrierefreier Strukturen, auch im ÖPNV, Onlinehandel, demokratischer Prozesse, digitale Barrierefreiheit • Herstellung der Möglichkeit der Inanspruchnahme des Wahlrechts durch technische Mittel • Abschaffung psychiatrischer Sondergesetze und ärztlicher oder betreuungsrechtlicher Zwangsbefugnisse • besonderer Schutz für Asylbewerber*innen mit Behinderung
	Kapitel 5. „Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus“ Abschnitt: „Gemeinsam lernen: Bildung“ S. 90f.	Ein Bildungssystem, das überall in Europa und von der Kita bis zur Promotion ohne Gebühren öffentlich bedarfsgerecht finanziert und sozial durchlässig organisiert ist	<p>u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Verkürzung der EU-Bildungspolitik auf MINT-Fächer • Reform des Bologna-Systems

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

<p>AFD Im Parteiprogramm der AfD finden sich keine Bezüge zu diskriminierungsrelevanten Themen. Ausgeführt sind Bezüge in negativer Hinsicht („Gender-Ideologie stoppen“). Hinsichtlich Antisemitismus findet sich die kontrafaktische Darstellung, dass jeglicher neue Antisemitismus in Europa seine Wurzeln im Islam habe.</p>			
FREIE WÄHLER	Abschnitt: „Europa der Werte“	Uneingeschränkte Garantie der Würde, gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, der Abstammung, der Sprache, der Heimat und Herkunft, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen sowie aufgrund von Beeinträchtigungen	keine
		Aktiven Minderheitenschutz in Europa, Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Strategie der EU zum Schutz von Minderheiten mit Sanktionsmöglichkeiten
		LSBTIQ* schützen	<ul style="list-style-type: none"> • Aufstockung der Mittel für Aufklärungsarbeit, „Programm für die Förderung von Vielfalt“ • Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen in allen Mitgliedsstaaten (vgl. Rechtsprechung EuGH)
	Abschnitt: „Europa als Begegnungsraum“	Zugang zum europäischen Bildungsaustausch an demografischen Entwicklungen anpassen	<ul style="list-style-type: none"> • Ausdehnung „Erasmus+“ auf alle Gesellschafts- und Altersschichten
Abschnitt: „Europa als Garant für die Gleichstellung der Geschlechter“	Gleichstellung von Männern und Frauen fördern, bestehende Nachteile beseitigen, Geschlechterstereotype aufbrechen, Gewalt gegen Frauen bekämpfen	<p>u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Frauenpolitik in der EU weiterentwickeln und auf internationaler Ebene bei Kooperationen jeglicher Art berücksichtigen • Bekämpfung von Lohndiskriminierung durch Schaffung von EU-weiten Standards, Monitoring und konsequenterer Umsetzung von Sanktionen für Unternehmen 	

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

			<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Stärkung der Rolle und der Unabhängigkeit von Gleichstellungsstellen • Frauen in Führungspositionen: Programme und Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen fördern, flexible Arbeitszeitmodelle, Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen • bezahlter Urlaub für pflegende Angehörige, Ausbau von Pflegeplätzen • Ausbau der Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen • Unterstützung von Programmen und Maßnahmen, die Geschlechterstereotype und traditionelle Rollenbilder in Medien oder im Bildungsbereich aufbrechen • Stärkung der internationalen Zusammenarbeit für Frauen
	Abschnitt: „Europa als Bildungsraum“	Gute schulische Ausbildung für jeden, Chancengleichheit junger Menschen im Bildungswesen und Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> • Gleiche Bildungsstandards • Duales Ausbildungssystem in allen Mitgliedsstaaten
		Bildungsangebote für alle Altersklassen schaffen	<ul style="list-style-type: none"> • Erleichterung von Quereinstiegen in Berufe • Anerkennung und Berücksichtigung von nichtschulischen Qualifikationen in beruflichen Laufbahnen, z.B. Praktika und Erziehungszeiten
		Kinderschutz und Kinderrechte stärken, Kinderarmut bekämpfen	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterhin Versorgung von Kindern mit Obst in Grundschulen • Entschieden Vorgehen gegen sexuellen Missbrauch, psychische und physische Gewalt • stärkerer Jugendschutz bei Computerspielen

Wie diskriminierungskritisch gehen die Parteien in die EU-Wahlen?

	Abschnitt: „Europa als Mobilitätsgarant“	Bezahlbare Mobilität garantieren, Zugang zum ÖPNV flächendeckend sicherstellen	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialtarife für Menschen mit geringem Einkommen und körperlicher Beeinträchtigung • Ausweitung des ÖPNV
Bündnis Sahra Wagenknecht	2. Soziale Gerechtigkeit, S.12	Soziale Gerechtigkeit stärken	<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung einer Klausel in EU-Verträgen, die den Vorrang von sozialen Grundrechten vor Binnenmarktfreiheiten festschreibt • Faire Arbeitsbedingungen und Löhne durch Umsetzung der EU-Mindestlohn-Richtlinie sowie Verschärfung einer Entsenderichtlinie • Stopp von Privatisierung der Daseinsvorsorge
	4. Freiheit und Demokratie, S.12	Stärkung von Grund- und Menschenrechten	<ul style="list-style-type: none"> • Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention • Einklagbarkeit von sozialen Grundrechten vor dem EuGH durch Einzelpersonen

CDU / CSU: https://assets.ctfassets.net/nwwnl7ifahow/476rnHcYPkmyuONPvSTK02/972e88ceb862ac4d4905d98441555e0c/europawahlprogramm-cdu-csu-2024_0.pdf

SPD: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240128_Europaprogramm.pdf

B90 / DIE GRÜNEN: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf

FDP: https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-03/2024-01-28_ept_das-programm-der-fdp-zur-europawahl-2024-1-0.pdf

DIE LINKE: https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Europawahlprogramm.pdf

AfD: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-AfD-Europawahlprogramm-2024_-web.pdf

FW: <https://www.freiewaehler.eu/unsere-politik/europawahlprogramm/>